



44. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen

Gremium: Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen
Ausschuss für Stadtplanung und Bauen

Sitzungstermin: Dienstag, 22.03.2011, 18:00 Uhr

Ort, Raum: Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 08.03.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Umfrage zur Verkehrskonzeption für Drewitz (Wiedervorlage) einschl. BE der Verwaltung über Ergebnis der verkehrstechnischen Untersuchungen Konrad-Wolf-Allee
10/SVV/0395 Fraktion DIE LINKE

 - 3.2 Kennzeichnung der Bordsteinabsenkungen (Wiedervorlage)
10/SVV/1053 Fraktion DIE LINKE

 - 3.3 Mauerrest Bertinistraße (Wiedervorlage)
10/SVV/0955 Verfasser: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, FDP
(Behandlung gemeinsam mit BE TOP 4.3)

 - 3.4 Erhalt der Sporthalle Heinrich-Mann-Allee
11/SVV/0095 Fraktion DIE LINKE
Werksausschuss KIS

3.5	ÖPP in Potsdam 11/SVV/0117	Fraktion FDP auch Werksausschuss KIS
3.6	Integriertes Klimaschutzkonzept 11/SVV/0126	Oberbürgermeister auch alle OBR Ea Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
3.7	Erhalt preiswerter Wohnungen Am Alten Markt 11/SVV/0134	Fraktion DIE LINKE
3.8	Angebotsverbesserung beim Fernverkehr der Eisenbahn ab Potsdam-Hbf. 11/SVV/0139	Fraktion DIE LINKE
3.9	Kreisel statt Ampelschaltung zwischen B2 und Amundsenstraße 11/SVV/0147	Fraktionen SPD, FDP
3.10	Zukunft des Theaterschiffs an der Alten Fahrt 11/SVV/0151	Fraktion SPD
3.11	B-Plan Schwanenallee 11/SVV/0153	Fraktion FDP auch Werksausschuss KIS
4	Mitteilungen der Verwaltung	
4.1	BE zur Umsetzung des Beschlusses 10/SVV/0718 vom 15.12.2010 Verkehrsberuhigung Garde-Karree	FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
4.2	Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 24.02.2011 bis 09.03.2011 sowie Beantwortung von Nachfragen aus der Sitzung vom 08.03.2011	FB Stadtplanung und Bauordnung
4.3	BE Ausbau Bertiniweg in Verbindung mit Bertinistraße.	FB Grün- und Verkehrsflächen
4.4	BE zur Umgestaltung der Turn- und Müllerstraße	FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

5 Sonstiges

Nichtöffentlicher Teil

6 Verkauf einer noch zu vermessenden Teilfläche des
Grundstücks Breite Straße in Potsdam Oberbürgermeister,
Servicebereich Recht und
Grundstücksmanagement
11/SVV/0103



öffentlich

Betreff:

Umfrage zur Verkehrskonzeption für Drewitz

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 10.05.2010

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
02.06.2010	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Wohngebiet Drewitz eine Bürgerumfrage zum vorgestellten Verkehrskonzept zu veranlassen.

Ziel der Befragung soll sein, dass auf der Grundlage der von den Bürgerinnen und Bürgern geäußerten Positionen zu den vorgestellten verkehrlichen Veränderungen im Stadtteil im Zusammenhang mit der geplanten Umgestaltung der Konrad-Wolf-Allee in eine verkehrsberuhigte Zone (Konrad-Wolf-Park) das z. Z. bestehende Konzept überarbeitet wird.

Das Ergebnis der Befragung wird der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Septembersitzung 2010 vorgestellt.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Am 6. Mai 2010 wurde das Verkehrskonzept der Gartenstadt Drewitz erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Reaktionen in dieser Veranstaltung machten deutlich, dass sich die zahlreich erschienenen Anwohner von den Planungen überrollt, vor vollendete Tatsachen gestellt fühlten. Von den Anwohnern selbst kam der Vorschlag, eine Umfrage im Wohngebiet zu machen, die herausfinden soll, wie sich die Mehrheit der Bewohner zu den Planungen positioniert. Dabei wurde auf eine Frage abgehoben: „Wollen Sie die neue Verkehrsführung im Wohngebiet Drewitz?“.



öffentlich

Betreff:

Kennzeichnung der Bordsteinabsenkungen

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 14.12.2010

Eingang 902: 14.12.2010

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
15.12.2010	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, im Zuge der Erarbeitung des Teilhabeplanes die Voraussetzungen für eine farbliche Kennzeichnung von Bordsteinabsenkungen zu schaffen. Über den Stand der Umsetzung ist die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung im Juni 2011 zu informieren.

gez. Dr. Hans- Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Es ist bereits mehrfach vorgeschlagen worden, abgesenkte Bordsteine farblich zu kennzeichnen , um ein Zuparken besser zu verhindern.



öffentlich

Betreff:
Mauerrest Bertinistraße

Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, FDP

Erstellungsdatum 11.11.2010

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
01.12.2010	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu verhindern, dass das Stück der Hinterlandmauer an der Bertinistraße durch Planung, Verwaltungshandeln oder anderweitig beseitigt, zerstört oder verändert wird.

gez. Nils Naber
Fraktionsvorsitzender
B 90 Dir Grünen

gez. Martina Engel Fürstberger
Fraktionsvorsitzende
FDP

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgebblätter beifügen

Begründung

Das Mauersegment an der Bertinistraße ist eines der wenigen Reste der Mauer im engeren, ehemals unmittelbar davon betroffenen Potsdamer Stadtgebiet. Es kann inmitten der Potsdamer Kulturlandschaft an die Zeit erinnern, in der einem ganzen Volk die freie Wahl des Aufenthaltsortes unter Androhung von Tod und Gefängnis verwehrt worden war. Auch wenn dieses Mauerstück von den zuständigen Fachbehörden nicht als denkmalwürdig eingestuft worden ist, halten wir es für ein wichtiges Geschichtszeugnis, das an seinem Standort im Stadtgebiet erhalten bleiben soll. Dies steht vor allem vor dem Hintergrund, dass im Jahr 2011 der Bau der Mauer 50 Jahre her sein wird.



öffentlich

Betreff:
Erhalt der Sporthalle Heinrich-Mann-Allee

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 09.02.2011

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
02.03.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Sporthalle in der Heinrich-Mann-Allee wird langfristig erhalten. Sie ist in den Sanierungsplan einzuordnen.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Angesichts des Mangels an Hallenzeiten und des erfreulichen Zuwachses in den Sportvereinen der Stadt ist die Sporthalle in der Heinrich-Mann-Allee unverzichtbar.

Da die ursprünglichen Pläne zu einer Umsiedlung des Tennisvereins Rot – Weiß offensichtlich nicht realisierbar sind, sollte der Sportstandort in der Heinrich-Mann-Allee langfristig erhalten werden.



öffentlich

Betreff: ÖPP in Potsdam

Einreicher: Fraktion FDP

Erstellungsdatum 10.02.2011

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
02.03.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemäß der Empfehlung des ÖPP-Leitfadens des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) gemeinsam mit der KIS-Werkleitung zur weiteren Begleitung des aktuell ausgeschriebenen ÖPP-Schulprojekts der Landeshauptstadt Potsdam mit Wirkung vom 1. April 2011 eine ÖPP-Projektgruppe einzurichten.

Die ÖPP-Projektgruppe setzt sich aus Vertretern der Nutzer (Schul- und Elternvertreter), Stadtverordneten, Verwaltung bzw. KIS (ggf. auch dessen Beratern) zusammen und begleitet (im Rahmen der vergaberechtlich gesetzten Grenzen) die weitere Projektrealisierung.

gez. Martina Engel-Fürstberger
Fraktionsvorsitzende
Fraktion FDP

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung empfiehlt den Kommunen in seinem „Leitfaden für öffentlich-private Partnerschaften“ (2. Auflage, Feb. 2009, S. 42) zur Begleitung von ÖPP-Projekten (eigentlich schon ab der Frühphase des Eignungstests) eine interdisziplinäre Projekt- bzw. Steuerungsgruppe unter Einbeziehung der politischen Ebene einzurichten.

Angesichts der - häufig auch im Zusammenhang mit dem Landesprojekt Landtagsneubau - immer wiederkehrenden öffentlichen Diskussionen über die Eignung von öffentlich-privaten Partnerschaften, die z. T. aber auch durch Vorurteile und Informationsdefizite gekennzeichnet sind, könnten in einer Projektgruppe Bedenken und Missverständnisse geklärt und im besten Fall aufgelöst werden.

Eine ÖPP-Projektgruppe bietet sich insofern als Informationsgremium und vertrauensbildende Maßnahme im Sinne der Stadtverordneten als Bürgervertreter/innen und gegenüber den Nutzern der Schulen als unmittelbar Betroffene an.



Betreff:

öffentlich

Integriertes Klimaschutzkonzept

Einreicher: Büro des Oberbürgermeisters

Erstellungsdatum 10.02.2011

Eingang 902: 10.02.2011

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
02.03.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Das nachfolgende Leitbild (Anlage 1) sowie die dazugehörigen Maßnahmen (Anlage 2) bilden den Orientierungsrahmen für die Klimaschutzpolitik der LHP.
2. In Abhängigkeit von der Entwicklung der städtischen CO₂-Bilanz sollen weitere Maßnahmen (Anlage 3) Berücksichtigung finden.
3. Konkrete Entscheidungen sind mit gesonderten Beschlussvorlagen vorzubereiten.

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

Für die Umsetzung der Maßnahmen aus Anlage 2 "Leitbildszenario" wäre nach derzeitigen Erkenntnissen für die LHP bis 2020 ein finanzieller Aufwand von 8.699.000 EUR notwendig (Kapitel 4.5.2 Seite 54 ff).

Die finanziellen Auswirkungen der Einzelmaßnahmen sind im Gutachten zum "Integrierten Klimaschutzkonzept" in den Maßnahmeblättern ausgewiesen.

Soweit für die konkrete Umsetzung städtische Mittel erforderlich sind, ist dies abhängig von der Möglichkeit der Bereitstellung der notwendigen finanziellen Ressourcen.

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Berechnungstabelle Demografieprüfung:

Wirtschaftswachstum fördern, Arbeitsplatzangebot erhalten bzw. ausbauen Gewichtung: 30	Ein Klima von Toleranz und Offenheit in der Stadt fördern Gewichtung: 10	Gute Wohnbedingungen für junge Menschen und Familien ermöglichen Gewichtung: 20	Bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder u. Jugendl. anbieten Gewichtung: 20	Selbstbestimmtes Wohnen und Leben bis ins hohe Alter ermöglichen Gewichtung: 20	Wirkungsindex Demografie	Bewertung Demografie-relevanz
3	2	3	1	1	210	sehr große

Begründung:

Auf der Grundlage der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung:

- DS 08/SW/0707 „Aufstellung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes“
- DS 07/SVV/0221 „Maßnahmen zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes um 20% bis 2020 auf der Basis von 2005“
- Vorlage Nr. 95/057 „Mitgliedschaft Klima-Bündnis“
- DS 06/SVV/0230 „Aktivitäten im Rahmen der Mitgliedschaft Klima-Bündnis fortzusetzen“ und der damit eingegangenen Selbstverpflichtung, den CO₂-Ausstoßes langfristig auf 2,5 t CO₂ pro Einwohner zu begrenzen
- 09/SVV/0524 Klimaschutz- und Energieeffizienzziele in das Klimaschutzkonzept einfließen zu lassen

hat die Stadtverwaltung am 19.01.2010, nach der Durchführung eines EU-weiten Ausschreibungsverfahrens mit der Nummer VV - 3 - 300 / 23 / 09, den Auftrag für die Erarbeitung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes an ein Konsortium von 10 größtenteils lokalen und regionalen Instituten, Ingenieurbüros und Unternehmen vergeben.

In Auswertung des vorliegenden Gutachtens, sowie dazu durchgeführter 11 Bürgerkonferenzen in nahezu allen Potsdamer Stadtteilen, vom 07.10.2010 bis zum 25.11.2010, wird der Stadtverordnetenversammlung der oben aufgeführte Beschlussvorschlag unterbreitet.

Anlage 1

Beschlussvorlage zum Integrierten Klimaschutzkonzept der LHP 2010 bis 2020



öffentlich

Betreff:

Erhalt preiswerter Wohnungen Am Alten Markt

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 14.02.2011

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
02.03.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird in seiner Verantwortung als Vorsitzender des Aufsichtsrates der PRO POTSDAM aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass das städtische Wohnungsunternehmen auch bei der Neugestaltung des Alten Marktes sozialverträgliche Wohnungen im bisherigen Umfang im historischen Stadtzentrum hält.

Dazu soll in einem Werkstattverfahren geprüft werden, wie die Wiedergewinnung der historischen Mitte mit dem Gesichtspunkt des Erhalts von preiswerten städtischen Wohnungen Am Alten Markt in Übereinstimmung gebracht werden kann.

Der Hauptausschuss ist im September 2011 über das weitere Vorgehen zu informieren.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Gegenwärtig hat die PRO POTSDAM über 180 Wohnungen Am Alten Markt. Angesichts der zunehmenden Wohnungsnot ist dieses Angebot an preiswerten Wohnungen von großer Bedeutung. Die Stadt hat die Verantwortung dafür, bei der Gestaltung des Alten Marktes auch den Gesichtspunkt der Sicherung eines bedarfsgerechten Wohnungsangebotes zu berücksichtigen. Das ist nicht nur ein soziales Problem, sondern auch von hoher Symbolik. Da es noch keine abschließenden Entscheidungen zur Zukunft des Wohnblocks der PRO POTSDAM Am Alten Markt gibt, sollte frühzeitig eine solide Prüfung und Abwägung vorgenommen werden. Darin sind auch die wirtschaftlichen Interessen der PRO POTSDAM einzubeziehen.



öffentlich

Betreff:

Angebotsverbesserung beim Fernverkehr der Eisenbahn ab Potsdam-Hbf.

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 14.02.2011

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
02.03.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, erneut in Verhandlungen mit dem Land Brandenburg und der DB AG auf eine spürbare Verbesserung des Fernverkehrsangebotes ab Potsdam Hauptbahnhof hinzuwirken.

Ziel ist die erneute Einbindung mehrerer ICE und IC insbesondere beim Verkehr in Richtung Westen und Süden zu auch für Potsdamer Bahnkunden attraktiven Tageszeiten.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Es ist nicht länger hinnehmbar, dass – trotz zuvor erfolgter Ertüchtigung der Fernbahngleise Potsdam – Magdeburg – inzwischen bis auf einen einzigen IC (Cottbus – Berlin – Potsdam – Magdeburg – Hannover) alle Fernverbindungen gestrichen oder um die Landeshauptstadt Potsdam herumgeleitet worden sind. Das hat zur Folge, dass Potsdamer Bahnkunden im Fernverkehr fast immer auf einen Umweg mit Umsteigen über Berlin Hbf. angewiesen sind. Das bedingt automatisch einen Zeitverlust, der so groß ist, dass keine noch so schnelle Bahnverbindung es derzeit ermöglicht, ein Ziel in Deutschland von Potsdam über Berlin mit der Bahn eher zu erreichen, als die Direktverbindung mit dem Auto ab Potsdam. Beim Einsteigen in Potsdam in Fernzüge lassen sich solche Zeitvorteile jedoch durchaus erzielen. Ein vernünftiges Angebot an öffentlichem Fernverkehr wird auch eine vernünftige und überdies ökologisch wünschenswerte Nutzung bewirken. Daher sollte die Stadt Potsdam gerade jetzt, wo eine Rekonstruktion der Bahnanlagen bei Berlin Charlottenburg ansteht, rechtzeitig darauf hinwirken, dass nach deren Abschluss die Nutzung der Gleise auch für attraktive Fernverbindungen mit Halt in Potsdam Hauptbahnhof selbstverständlich wird.



öffentlich

Betreff:

Kreisel statt Ampelschaltung zwischen B2 und Amundsenstraße

Einreicher: Fraktionen SPD, FDP

Erstellungsdatum 15.02.2011

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
02.03.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		X

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, im Zuge des Neubaus der „Brücke des Friedens“ den Kreisverkehr an der B2, Einmündung Amundsenstraße, wie geplant zu errichten und entsprechende Fördermittelanträge zu stellen.

gez. M. Schubert
Fraktionsvorsitzender

gez. M. Engel-Fürstberger
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Verkehrsbelastung und der Verkehrsstrom auf der B2 ist extrem unterschiedlich, von wenigen Autos bis zum zähflüssigen Verkehr während der Berufsverkehrszeiten. Dies lässt sich mit einem Kreisverkehr wesentlich besser steuern als mit einer Ampelanlage. Das hat sich auch bei der Renovierung der Persius-Brücke gezeigt: Kilometerlange Staus vor der Brücke durch eine Ampelschaltung mussten die Potsdamer aus dem Norden über Monate hinweg ertragen.



öffentlich

Betreff:

Zukunft des Theaterschiffs an der Alten Fahrt

Einreicher: Fraktion SPD

Erstellungsdatum 15.02.2011

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
02.03.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		x

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen der Standort des Theaterschiffs an der Uferpromenade der Alten Fahrt weiterhin Bestand hat oder welche Alternativstandorte in der Nähe der Langen Brücke bestehen. Im Zuge der Entwicklung des Quartiers um den Alten Markt zwischen Lustgarten und Am Kanal sowie der Veräußerung der städtischen Grundstücke am Havelufer in der Humboldt- und Brauerstraße wird bei unterschiedlichen Nutzungs- und Investitionsinteressen darauf geachtet, dass der Standortvorteil eines Theaterschiffes in fußläufiger Entfernung zum neuen Landtag bestehen bleibt.

gez. M. Schubert
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Das Theaterschiff ist eine Potsdamer Institution. Der Standort in unmittelbarer Nähe zur Langen Brücke (Sichtbarkeit), gut erreichbar sowohl von der Stadtmitte als auch vom Hauptbahnhof, trägt zum künstlerischen und wirtschaftlichen Erfolg maßgeblich bei. Gleichzeitig ist das Theaterschiff "Sturmvogel" in Nachbarschaft zum Potsdam-Museum und der Freundschaftsinsel ein städtisches Markenzeichen mit hohem Wiedererkennungswert. Der 1924 gebaute Kahn am Kai begrüßt die Potsdamerinnen und Potsdamer, die vielen Touristen und Gäste der Stadt und schärft Potsdams Profil als Stadt am Wasser.

Im Zuge der Entwicklung der Potsdamer Mitte in der gewünschten hohen Qualität ist insbesondere bei der Veräußerung der Filetgrundstücke am Alten Markt eine Interessenabwägung vorzunehmen. Ziel der Stadtentwicklung kann nicht allein der Verkauf mit maximaler Gewinnerzielung sein. Gegenstand einer nachhaltigen Stadtpolitik muss es sein, bestehende, erfolgreiche Strukturen zu erhalten und zu unterstützen, das Stadtbild zu wahren und die Vielgestalt der neuen alten Stadtmitte auch in sozialer und kultureller Hinsicht herauszustellen. Die Entwicklung der Uferpromenade als Ort mit hoher Lebens- und Aufenthaltsqualität sollte mit der Beibehaltung des Kulturstandorts Theaterschiff Potsdam an der Alten Fahrt oder in unmittelbarer Umgebung erfolgen.



öffentlich

Betreff: B-Plan Schwanenallee

Einreicher: Fraktion FDP

Erstellungsdatum 15.02.2011

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
02.03.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für die Wasserseite Schwanenallee einen B-Plan zu erstellen. Von der Erteilung von Baugenehmigungen vor einem B-Plan-Verfahren ist abzusehen.

gez. Martina Engel-Fürstberger
Fraktionsvorsitzende
Fraktion FDP

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Verwaltung hat auf Grund der Hinweise des Verwaltungsgerichtes die Baugenehmigungen zur Errichtung der sogenannten Ventehalle und eines Funktionsbaues zurückgezogen. Die Genehmigungen waren in der Öffentlichkeit auf Grund der darin gewährten Gastronomie und der Größe des Funktionsbaues auf der einen und der Zugehörigkeit zum "UNESCO-Weltkulturerbe" und den Sichtbeziehungen über den Jungfernsee auf der anderen Seite sehr umstritten.

Um eine angemessenen öffentliche Beteiligung und eine dem Denkmal der Matrosenstation, den anderen Denkmälern der Schwanenallee und der angrenzenden Umgebung sowie dem "UNESCO-Weltkulturerbe" entsprechende Entwicklung des Areals zu sichern, ist ein B-Plan-Verfahren einzuleiten.